

Wiederherstellung der großen Koalition.

Das Spiel geht weiter. Nach der Erklärung der Deutschen Nationalen, daß sie auch einem rein bürgerlichen Kabinett Stresemann, gleichgültig, ob es ein Kabinett der Persönlichkeiten oder ein reines Geschäftsministerium wäre, das Vertrauen verleiht, war die Kabinettsbildung am Freitag morgen als gescheitert anzusehen. Neue Bemühungen in derselben Richtung erschienen zweifellos, da auch der Reichswehrminister Wehler im Auftrag seiner Partei die Erklärung abgegeben hatte, einem solchen Ministerium nicht beizutreten zu können, und da nach der ganzen parlamentarischen Lage das Ministerium kein Vertrauensvotum vom Reichstag bekommen hätte. Stresemann hat infolgedessen das Kabinett wieder nach links geworfen und verhandelt seit Freitag mittag mit den Parteien, um das alte Koalitionsministerium wieder aufzurichten.

Der Anfang war erfolglos. Die Sozialdemokraten erklärten, die Forderungen der Deutschen Volkspartei nunmehr annehmen zu wollen und verlangten nur als Gegenleistung einen Staatssekretär aus den freien Gewerkschaften im Reichswehrministerium. Mittlerweile aber fanden wieder Fraktionsänderungen statt, und das Ergebnis wurde zweifelhaft, da die Sozialdemokraten sich nunmehr auf den demokratischen Vermittlungsvorschlag zurückzogen, nachdem dem Ermächtigungsgesetz zwar zugestimmt werden sollte, das Arbeitszeitgesetz aber aus ihm herausgenommen und einer gesonderten parlamentarischen Beratung unterworfen werden sollte. Ob von nun endlich bis Sonnabend mittag zu Ende kommt, ist noch ungewiß. Gewiß aber ist, daß die Linke im Lande und die Empörung über das Treiben des Parlamentes, das über die Bildung eines Kabinetts mehr wie eine Woche in schwerer drängendster Zeit verdrückt, steigt. Wenn je, so ist in diesen letzten vierzehn Tagen die Klugheit vor dem deutschen Reichstage gesunken und das in einer Zeit, in der an und für sich eine starke Strömung auf das Einwegnehmen von Verfassung und Reichstag drängt und in der der Ruf nach dem Diktator die Masse beherrscht. Die Grundfrage des gegenwärtigen Stretches ist, ob die außerordentlichen Maßnahmen, die getroffen werden müssen, auf verfassungsmäßiger Grundlage getroffen werden können oder ob über Verfassung, Reichspräsident und Reichstag hinweg eine militärische Diktatur das Steuer in die Hand nehmen soll.

Der Gang der Verhandlungen.

Die verläutet, welchen die Verhandlungen über die Wiederherstellung der großen Koalition als Grundlage des neuen Kabinetts einen günstigen Fortgang zu nehmen. Die auf Vorschlag der Demokraten von jeder Fraktion benannten sozialpolitischen Sachverständigen, die gestern abend zusammentraten, hatten nicht sämtlich Vollmacht zu Verhandlungen. Die Fraktionen, die heute früh zusammentraten, haben sich ihre Entscheidungen vorbehalten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der gestern mittag zur Besprechung der Lage zusammentrat, wurde im Anschluß an einen Bericht Hermann Müllers ermächtigt, in Betracht der nachfolgenden Haltung desentrums und der demokratischen Verhandlungen über die Wiederherstellung der großen Koalition mit dem Reichskanzler zu führen.

Die „Germania“ will wissen, daß Zentrum werde jeden Versuch unterstützen, der geeignet sei, möglichst rasch eine aktionsfähige Regierung auf breiter parlamentarischer Grundlage herzustellen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die im Anschluß an eine Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Hermann Müller zu einer Sitzung zusammengetreten war, kam nach kurzer Aussprache zu der Auffassung, daß jetzt die Voraussetzungen erfüllt seien, an die sie ihre Entschiedenheit vom Mittwoch geknüpft hatte. Es besteht also jetzt, so heißt es in der „Zeit“, zwischen den bisherigen Koalitionsparteien Einigkeit über die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Die Vorbedingungen für die Rückkehr zur großen Koalition scheinen damit gegeben.

Eine Rede Lord Curzons.

Gegen die Fortsetzung der jetzigen Ruhrpolitik.

London. Nach einer ausführlichen Rede sagte Lord Curzon in seiner Rede vor der Reichskonferenz u. a.: Unleugbar seien die optimistischen Erwartungen bezüglich der Ruhrbesetzung in weitem Maße durch die Ereignisse demontiert. England wüßte keineswegs die Partei Deutschlands zu ergreifen und Frankreich des ihm Gebührenden zu berauben. Die französische und die belgische Antwort auf die britische Note hätten aber gezeigt, daß Englands Föhlheit zu einer zweifelhafte Intervention offenbar erdichtet gewesen sei. Der deutsche Bericht auf den vollen Widerstand hätte drei Monate früher erklärt werden sollen. England begrüße den Sieg seiner Verbündeten, gerade weil es seit langem die Aufgabe des vollen Widerstandes anerkannt habe. Eins der von England vorausgesehenen Ereignisse sei bereits eingetreten, nämlich der Anfang der seit langem gescheiterten Auflösung. Lord Curzon erinnerte an die wiederholte Versicherung der französischen Regierung, daß, sobald der passive Widerstand endgültig aufgehört habe, die Zeit zu Erörterungen gekommen sein werde. Er habe fort: Soweit er leben könne, sei die deutsche Regierung aufrichtig und habe die von England geforderten Schritte getan. Ueber die Haltung der britischen Bevölkerung des Ruhrgebietes könne er nichts voransagen. Wenn aber die französische Behauptung zuträfe, daß der Widerstand nur durch Berliner Weisung geleitet worden sei, so würden jetzt keine Schwierigkeiten bezüglich der Haltung der Bevölkerung bestehen. Curzon erklärte, daß England bereit sei, die zweifellos am Quai d'Orsay für die Zeit nach Einstellung des passiven Widerstandes ausgearbeiteten Pläne freundschaftlich zu erörtern, und betonte, daß England, das Köln besetzt habe, berechtigt sei, bei irgend welchen vorgelegenen britischen Abmachungen seine Absicht zum Ausdruck zu bringen, woran es festhalte. Lord Curzon betonte weiter, daß Großbritannien an einer wirtschaftlichen Erholung Europas in manchem sogar mehr interessiert sei, als die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands, und daher nach einem Abbruch verlange. Obwohl Englands Empfinden auf seinen vier Alliierten hinde, habe es mit Mißfallen die Fortsetzung einer Politik beobachtet, die ihm keine guten Erfolge zu versprechen und nur zu Unglück zu führen scheine. Die im letzten Frühjahr vom Reichsfinanzrat Euno gemachten Vorschläge seien nicht besonders zweckmäßig gewesen, dagegen sei das von Deutschland auf Anregung Englands bis am 7. Juni gemachte Angebot der britischen Regierung als ein Fortschritt und geeignete Grundlage für Unterhandlungen erschienen. Die englische Regierung sei daher von der Antwort Frankreichs und der nicht viel günstigeren Belgien sehr enttäuscht worden.

Die Justizkommission in Düsseldorf.

Der Kölner Sonderberichterstatter der Londoner „Times“ schreibt, die Einwohner von Düsseldorf, die allenfalls

Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt: Die Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler hat zu dem Ergebnis geführt, daß auf Antrag der Demokratischen Partei nach am Abend die Führer und Sachverständigen der Parteien mit dem Arbeitsminister zusammenzutreten werden, um über die Modalitäten des Arbeitszeitgesetzes zu verhandeln. Die Demokraten sind der Meinung, daß sie die Verantwortung vor dem Volke nicht tragen können, wenn nicht auch der letzte Versuch gemacht worden sei, um den Konflikt zu lösen. Um 9 Uhr traten die Parteiführer und je ein Mitglied des Sozialdemokratischen aus jeder Partei zusammen. Um 11 Uhr sollte eine Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler sein.

Eine Erklärung der Deutschen Nationalen.

Die Berliner Reichsblätter bringen eine Erklärung der Deutschen Nationalen Volkspartei, in der es heißt, daß Schluß gemacht werden müsse mit dem hilflosen Ein und Der. Nach den Misserfolgen der letzten Jahre könne eine Besserung nur erreicht werden durch einen grundsätzlichen Wechsel der Politik. Die deutsche Lebensfrage könne nur gelöst werden durch eine entschlossene und harte Führung, die alle gesunden Kräfte des deutschen Volkes um die nationale Fahne sammelt.

Um den Achtstundentag.

Wie verläutet, wird in der Fraktion der Deutschen Volkspartei die Meinung vertreten, daß die Forderung über den Achtstundentag aus der Wirthschen Note vom 14. November 1922 als Grundlage für eine Einigung unzulässig sei, da sich seitdem die wirtschaftlichen Verhältnisse so geändert haben, daß über diese Forderung hinausgegangen und Ausnahmen vom Achtstundentag im Verordnungsweg zugelassen werden müßten.

Die Sozialdemokraten beschloßen, die Verhandlungen mit den anderen Parteien fortzusetzen, geben jedoch ihren Unterhändlern eine Einschüchternung als Richtlinie mit auf den Weg, in der ein grundsätzliches Festhalten am Achtstundentag verlanat wurde, jedoch eine Durchbrechung für bestimmte Betriebe zugelassen werden sollte, und zwar in der Art, wie es in der Note des früheren Kabinetts vom 14. November 1922 ausgesprochen worden war. Demgemäß sollte auf Grund tariflicher Regelung und behördlicher Anordnung der Achtstundentag festgelegt werden. Außerdem verlangte man gesetzliche Regelung dieser ganzen Frage, also Nichtbeziehung in das Ermächtigungsgesetz.

Der Reichswehrminister nicht beteiligt.

Mehrere Abendblätter behaupten, das „Projekt eines überparteilichen Kabinetts“ sei endgültig zunichte geworden durch die Stellungnahme des Reichswehrministers Dr. Wehler, der in einer Unterredung, die er mit dem Reichskanzler gestern in später Abendstunde gehabt habe, ausdrücklich den Eintritt in eine nicht auf breiter parlamentarischer Basis beruhende Regierung abgelehnt habe. — Der Reichswehrminister Dr. Wehler erklärt, daß an dieser Unterredung kein naches Wort ist, daß er sich niemals und in keiner Weise in die Kabinettsbildung eingemischt hat.

Ein neuer Finanzminister?

Wie in parlamentarischen Kreisen verläutet, wird anstelle des Finanzministers Dr. Hülferding voraussichtlich der Direktor der Darmstädter- und Nationalbank Schaaf sitzen.

Gente nachmittags Reichstagsfraktion.

Auf der Tagesordnung der für heute nachmittags 2 Uhr anberaumten Plenarsitzung des Reichstages stehen die Entgegennahme einer Regierungserklärung in Verbindung mit Anträgen der Kommunisten bezug der Deutschen Nationalen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich und in Bayern, das Ermächtigungsgesetz in erster und zweiter Beratung, der Gesetzesentwurf über die Erziehung einer Wehrpflicht in erster Beratung, Gesetzesentwürfe zur Forderung des Tabaksteuerergötzes, über Steuerumverteilung und Vermögensstrafen, sowie andere kleinere Vorlagen.

Darstellungen entgegen allgemein der Ansicht seien, daß die Polizei bei den am letzten Sonntag stattgefundenen Zusammenstößen unter äußerster Provokation mit Zurückhaltung und Korrektheit gehandelt habe, seien über die von den Franzosen gegen die Herren Haas, Höfer, Wollenberg, Jungel und Bogt erhobene Beschuldigung des Verdorrens entsetzt. Diese Ansicht werde sogar von den Sonderbündlern geteilt, die die ganze Sache gesehen haben. Ueberall werde der unvermeidliche Vergleich mit dem Arzney-Prozess gezogen, wo, nachdem französische Soldaten ein Dutzend Arbeiter totgeschossen und so viele andere verwundet hatten, fünf Direktoren der Firma zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Rein Mensch glaube, daß dies irgend etwas anders gewesen sei als ein politischer Schandtag, um die Franzosen in den Augen der Welt von der Verantwortung für den Tod der Arbeiter rein zu waschen. Man fürchte, daß jetzt gegen diese fünf Düsseldorfser Herren gerichtlich vorgegangen werde, um die Last der Verantwortung für die furchtbaren Folgen der separatistischen Kundgebung vom letzten Sonntag von den Franzosen auf deutsche Schultern zu wälzen. Diese Befürchtung werde durch neue drakonische Maßnahmen vermehrt. Die Franzosen zwangen vorgerichte jede Düsseldorfser Zeitung, den französischen Bericht über die Ereignisse vom Sonntag an hervorragender Stelle auf der vordersten Seite zu veröffentlichen. In dieser französischen Mitteilung würden die Sonderbündler mit dem Titel „Heimlandverräther“ geacht. Der Berichterstatter erzählt aus Düsseldorf, daß Matthes dort eine neue separatistische Kundgebung für den nächsten Sonntag plant. Er habe sich am Dienstag nach Koblenz begeben, wo er von dem französischen Oberkommandant Troad empfangen wurde, dem er eine lange Liste von Forderungen unterbreitete, namentlich Befreiung aller Feuerwaffen der blauen Polizei im besetzten Gebiet und Auflösung der noch übrigen grünen Polizei. Dies hätten die Franzosen denn auch getan. Wenn einmal Matthes die Entlassung der Polizei erreicht, so werde die Bevölkerung der Gegend seiner „Sturmtruppen“ ausgeliefert sein. Inzwischen seien Separatisten einer anderen Art bekehrt, von den Franzosen einen Anteil an der reichen Beute zu fordern, die, wie sie erwarteten, das Rheinland in etwa einer Woche werden würde.

Keine Unterstützung der Separatisten durch Belgien.

In einer halbamtlichen Note verurteilt die belgische Regierung den Kritik der vlamischen Presse in der Frage der Düsseldorfser Vorgänge zu begegnen. In dem Schriftstück wird ausgeführt, daß sämtliche Belgier sich auf Geheiß der Regierung von der heimischen Abfallbewegung ferngehalten hätten. Es sei daher mit Unrecht von einer Helferschaft durch das Ausland finanzierten Bewegung gesprochen worden.

Die Franzosen auf der Waffensuche.

Anlässlich der separatistischen Vorgänge am vergangenen Sonntag in Düsseldorf stellten die französischen Besatzungsbehörden gestern im Regierungsgebäude daselbst Hausdurchsuchungen an.

Im Reich des Schlosspark, der abgefallen worden ist, um etwa bei den Demonstrationen am letzten Sonntag und Leben gekommen zu finden, wurden außer Feldschern eine große Anzahl Gummikugeln, Totschläger, Seitengewehre und Schusswaffen aller Art entbedt. Es handelt sich um Waffen, die von den Sonderbündlern beim Heranrücken der Polizei in das Wasser geworfen wurden.

Der Reichsrat.

zur Sicherung der Brotverforgung.

Die Verlängerung der Brotmarkenverforgung abgelehnt.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem Gesetzesentwurf zur Sicherung der Brotverforgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 und nahm einige wichtige Änderungen vor. Auf Antrag Brenhens wurde die Brotmarkenreserve von 2% auf 3% Millionen Tonnen erhöht und ein Betrag angenommen, nach dem die Ueberfluth-Kommunalverbände wegen Aufbringung der Reserve verpflichtet werden können, bestimmte Mengen bis zu einem von der Reichsregierung ernannten Ausschuss zu bestimmen, wann und in welchem Umfang das Getreide außer Markt tritt. Ein Antrag der Reichsregierung auf Wiederherstellung ihrer Vorlage in den durch die Ausschussentschlüsse berührten Punkten wurde abgelehnt. Ein Antrag Hamburgs auf Verlängerung der Brotmarkenverforgung bis zum 31. Dezember wurde mit 44 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde ein Antrag Hessens abgelehnt, die Brotmarkenverforgung bis zum 1. Dezember zu verlängern.

Die französischen und belgischen Arbeiter fordern Verhandlungen mit Deutschland.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine von einer gemeinsamen Konferenz des Internationalen sozialistischen Büros und des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 4. Oktober in Brüssel auf Antrag der Delegierten von Frankreich und Belgien einstimmig angenommene Resolution zur Ruhrfrage, die feststellt, daß die Regierungen Frankreichs und Belgiens entgegen allem Völkerrecht und unter Anwendung der brutalen Gewalt zu einem förmlichen Streikgefahr geschritten sind, und die das Vorkriegsrecht anfordern, sich dafür einzusetzen, daß die Rückkehr der Ausgewiesenen und eine Amnestie der wegen passiver Wehrpflicht Verurteilten sichergestellt, eine ungedemützte Verbindung zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet Deutschlands wiederhergestellt, die den deutschen Beamten auferlegte Verpflichtung zum Treueid gegenüber den Besatzungsmächten zurückgenommen wird und Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten sofort und ohne irgendwelche neue Bedingungen aufgenommen werden.

Die Lage in Bayern.

Der Bayerische Landtag dürfte zu einer neuen Tagung frühestens Ende Oktober zusammenzutreten.

Dem Bund „Reichsbanner“ wurde, wie die „Münchener Post“ berichtet, gestern durch Polizeibehörden mitgeteilt, daß der Bund nicht anderes sei als ein Organ für die sozialdemokratische Schutzabteilung, und deshalb aufgelöst werde.

Die Arbeitergemeinschaft bayerischer Verbände in Nürnberg hat an den Generalstaatskommissar von Rade eine Kundgebung gerichtet, in der ihm für seine Maßnahmen zum Schutze des Vaterlandes Dank ausgesprochen und erklärt wird, sämtliche Verbände würden trenn an seiner Seite bei der Wiederherstellung des Reichstums, der völligen Reinigung und Erneuerung Deutschlands und der Bereinigung des von den Franzosen längst gebrochenen Völkervertrages.

Die Raubdiebstähle an der Ruhr.

Am 22. v. Mts. morgens 6.15 Uhr drangen belgische Kriminalbeamte und Soldaten gewaltsam in den umfriedeten Hof der Reichsbankstelle Duisburg ein und nahmen eine dort stehende Viehparke fort, die mit zwei Kühen, enthaltend 12 Rind gleich 6000 ungeschlachte und noch nicht nummerierte Fellen zu Formularen für Reichsbanknoten über je 10 Millionen Mark, beladen war. Am nächsten Tage vormittags 10 Uhr wurden weitere 4 Rind solcher Formulare auf dem Wege zur Reichsbankstelle auf offener Straße weggenommen. Die Notenformulare lauten auf einen Gesamtbetrag von 25 Millionen Mark.

Am nächsten Tage sind in der Nähe der Grenze zum unbesetzten Gebiet bei Wipfeld 118 Millionen 500 Mark der Rind Reichsbanknoten, die mit einem Kraftwagen von unbesetzten ins besetzte Gebiet transportiert worden waren, von französischen Soldaten weggenommen worden.

Am 23. v. Mts. sind bei der Reichsbankstelle Düsseldorf von der französischen Besatzungsbehörde aus der Tageskasse 700 Millionen Mark weggenommen worden.

Wieder eine Reihe Eisenbahnerfamilien ausgewiesen.

Am 4. Oktober wurde wieder eine Reihe Eisenbahnerfamilien, insgesamt 234 Personen, ausgewiesen.

Der „Trenoid“ der Eisenbahner.

Paris. Die Agentur Havas erklärt, das Gerücht, die französischen Behörden würden der Einstellung der deutschen Eisenbahnen in den Dienst der französisch-belgischen Regie dadurch Hindernisse bereiten, daß von ihnen die Ablegung eines Treueides verlangt werde, für unbegründet. Es werde von den wieder eingestellten Beamten kein Ergötzen verlangt, sondern nur die Erklärung, daß sie sich verpflichten, ihren Dienst in regelmäßiger Weise auszuführen.

Berlin. Den Erklärungen der Agentur Havas, daß von den im besetzten Gebiet wieder einmündenden deutschen Eisenbahner die Ablegung eines Treueides nicht verlangt werde, seien die Bekanntmachungen der französischen Eisenbahngesellschaft selbst gegenüber, die von dem deutschen Eisenbahner vor seiner Dienstaufnahme schriftlich verlangen, daß er sich verpflichtet und durch den Dienst befehligt, den alliierten Zivil- und Militärbehörden, insbesondere der Regie, in jeder Weise mit Eifer und Ergebenheit zu dienen. Welche der beiden Redaktionen richtig ist, wird festzustellen sein.

Die Türkei proklamiert die Republik.

Konstantinopel. Nach Mitteilungen aus Angora wird die neue Verfassung im wesentlichen folgenden enthalten: Die Türkei proklamiert die Republik. Der Präsident der Republik wird für 4 oder 5 Jahre gewählt. Die Große Nationalversammlung hat getrennte Befugnisse. Die Exekutivgewalt wird dem Ministerium anvertraut, das der Nationalversammlung verantwortlich ist. Ein Senat wird gebildet, der die Funktionen des Senats einnimmt. Seine Mitglieder werden vom Präsidenten der Republik ernannt.

Havas berichtet aus Konstantinopel, die internationalisierte Kontrolle über die Konstantinopel anliegenden belgischen Banken ist angeschlossen worden. Auch die Pressekontrolle wurde angeschlossen.